

Factsheet zu Ukraine-Krieg & Versorgungssituation

Martin Häusling – Renate Künast

Der Krieg den Putin gegen die Ukraine betreibt, ist eine humanitäre und völkerrechtliche Katastrophe. Es ist existentiell, dass und wie die Europäische Union hier gemeinsam mit den Verbündeten agiert. Die Kriegshandlungen kosten immer mehr Menschenleben und zwingen Frauen und Kinder in die Flucht. Hinzu kommen schwerwiegende Folgen für den Agrarsektor in der Ukraine, der dort die Nahrungssicherung zusätzlich gefährdet. Die Ernährungssicherheit in vielen Entwicklungsländern ist ebenfalls massiv belastet, insbesondere bei denen, die längst in Abhängigkeit zum Beispiel von Weizenimporten aus der Ukraine oder Russland sind oder internationaler Hilfe bedürfen.

Zu den aktuellen Versuchen, den Krieg in der Ukraine zu nutzen, um mit dem rhetorischen Schlagwort der „Ernährungssicherheit“ die Ziele der wichtigen landwirtschaftlichen Transformation der Farm-to-Fork- und der Biodiversitäts-Strategie der EU im Rahmen des Green Deal in Frage zu stellen, können wir nur sagen, dass wir sie für infam halten.

An erster Stelle muss nun die Akuthilfe zur Sicherung der Lebensmittelversorgung stehen, sowie Maßnahmen zur globalen Ernährungssicherung, deshalb müssen Märkte offen gehalten werden, um insbesondere Ernte- und Lieferausfälle zu vermeiden und Aussaaten für die zukünftige Ernährungssicherung zu gewährleisten. Auch die Futtermittelversorgung der lebenden Tiere zum Beispiel in der Ukraine ist zu sichern.

Allerdings müssen wir gleichzeitig auch die Effizienz unseres Umgangs mit Ressourcen hinterfragen. Das gilt für Düngemittel genauso wie die massive Nutzung von Agrarflächen für Futtermittel statt Lebensmittel und den Einsatz von landwirtschaftlichen Produkten zur Energieerzeugung (Agrokraftstoffe).

Wir nehmen hiermit Stellung zur aktuellen Diskussion über ein angeblich notwendiges *Rollback* hin zu einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft. Wir halten das für einen schwerwiegenden Fehler, denn das hieße ja, die Klima- und Artenkrise noch zu befeuern. Schon jetzt führt die Übernutzung bzw. Verschmutzung unserer natürlichen Ressourcen Luft, Wasser, Boden sowie der Verlust an Biologischer Vielfalt direkt und indirekt zu Ertragsausfällen und –einbußen, mit allen bekannten Folgen.

Wir müssen nun aber akut helfen und gleichzeitig an die Ernährungssicherung von morgen denken.

In diesem Factsheet wollen wir einen Überblick geben, wo wir versorgungstechnisch in der aktuellen Situation stehen. Dabei bewerten wir besonders die Produktions-, Handels- und Verwertungsbeziehungen zwischen den „4 F“ - Food, Feed, Fertilizer, Fuel – Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel, Agrokraftstoffe, - denn diese sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen gehören heutzutage zu den sogenannten „[Flex-Crops](#)“, die für jeden Bereich der 4 F zum Einsatz kommen können.

Politischer Kontext/ Hintergrundinformationen:

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski hatte kurz nach dem russischen Überfall auf die Ukraine angedeutet, dass er Korrekturbedarf am Green Deal/der Farm-to-Fork Strategie sieht, um die Nahrungsmittelversorgung nicht zu gefährden ([Link](#)). Kommissionspräsident Frans Timmermans warnte hingegen vor Lockerungen ([Link](#)). 85 Nichtregierungsorganisationen haben darauf mit einem Offenen Brief an EU-Kommissare reagiert ([Link](#)). Auch wenn der EU-Kommissar seine Äußerungen zurückgenommen hat: Die Forderung bleibt, auch von vielen berufsständischen Verbänden in Deutschland ([Link](#)).

Inhalt

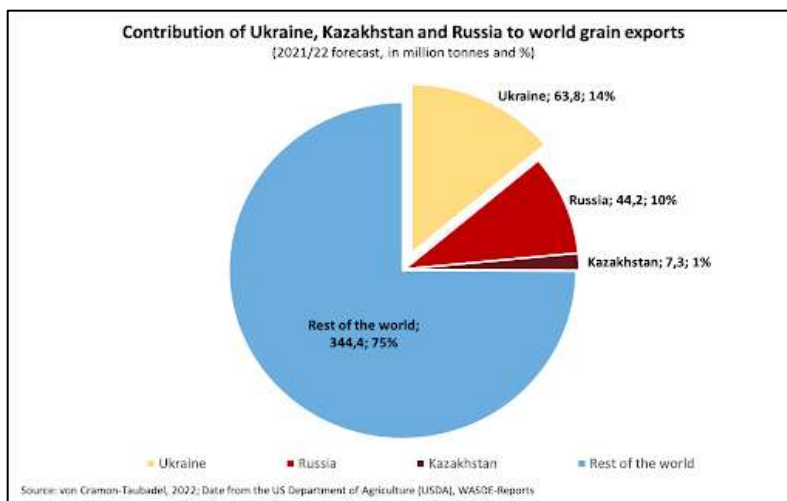
Landwirtschaftlicher Produktionsanteil der Ukraine und Russlands am Weltmarkt	3
Aktuelle Situation der Landwirtschaft in der Ukraine	4
Ausfuhrbeschränkungen Russland	4
Auswirkungen EU - Welt	4
Flächen, Erntemengen und Verwendung von Getreide, Öl- und Eiweißpflanzen in der EU	5
Herkunft Proteinpflanzen	6
Heimischer Anbau Proteinpflanzen EU	7
Verwendung Getreide und Ölpflanzen zur Futtermittelproduktion	8
Verwendung Getreide und Ölpflanzen für Agrokraftstoffe	9
Nachhaltigkeitsbilanz fraglich	11
Flächenbedarf Deutschland	11
Die Forderung, Green Deal und F2F-Strategie zu stoppen, ist gegen sämtliche wissenschaftliche Expertise	12
Wieviel bringt die Freigabe der ökologischen Vorrangflächen (4%) zur Bewirtschaftung?	14
Preise und Spekulationen	15
Preisanstieg 2007/2008	15
N-Dünger – Deutschland: Kein Mangel, aber hohe Preise	15
Mehr Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit mit agrarökologischen Lösungen	16
Potentiale der Leguminosen – mehr Unabhängigkeit, höhere Ökosystemdienstleistungen	17
EU-Eiweißstrategie für mehr Unabhängigkeit	18
Was jetzt getan werden muss	18
(Weltweite) Ernährungssouveränität als prioritäres Ziel verfolgen	18
Finanzspekulationen mit Lebensmitteln unterbinden	20
Food first: Erzeugung von Rohstoffen für Tierfutter und Kraftstoffe runterfahren	20
Green Deal - Farm-to-Fork in der EU weiterführen!	20
Abzulehnen sind	21

Landwirtschaftlicher Produktionsanteil der Ukraine und Russlands am Weltmarkt

Die Ukraine ist großer Lieferant von Weizen, Mais, Sonnenblumenkernen und Sonnenblumenöl sowohl für Lebensmittel als auch für Futtermittel. Sie stellt 15 % des weltweiten Maismarkts, 15 % des weltweiten Markts für Gerste, 10 % des weltweiten Weizenmarkts und 50 % des Weltmarkts für Sonnenblumenöl ([GMK Center](#) & [FAO Information Note](#)).

Auf dem Getreidemarkt liefern die drei Länder Ukraine, Kasachstan und Russland etwa ein Viertel des Angebots auf dem Weltmarkt.

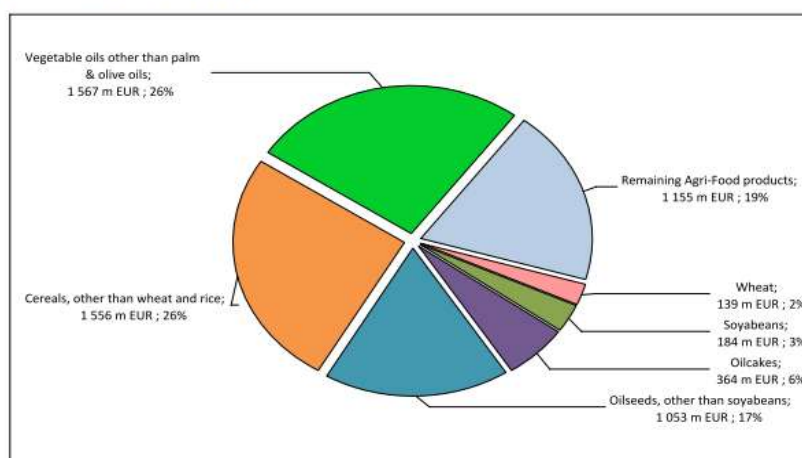
Beitrag Ukraine, Kasachstan und Russland zu den Weltgetreidexporten



Quelle: [Lakner 2022](#)

EU-Agrar-Importe aus der Ukraine

Top EU Agri-Food imports from Ukraine in 2020



Quelle: [ARC2020](#)

Aktuelle Situation der Landwirtschaft in der Ukraine

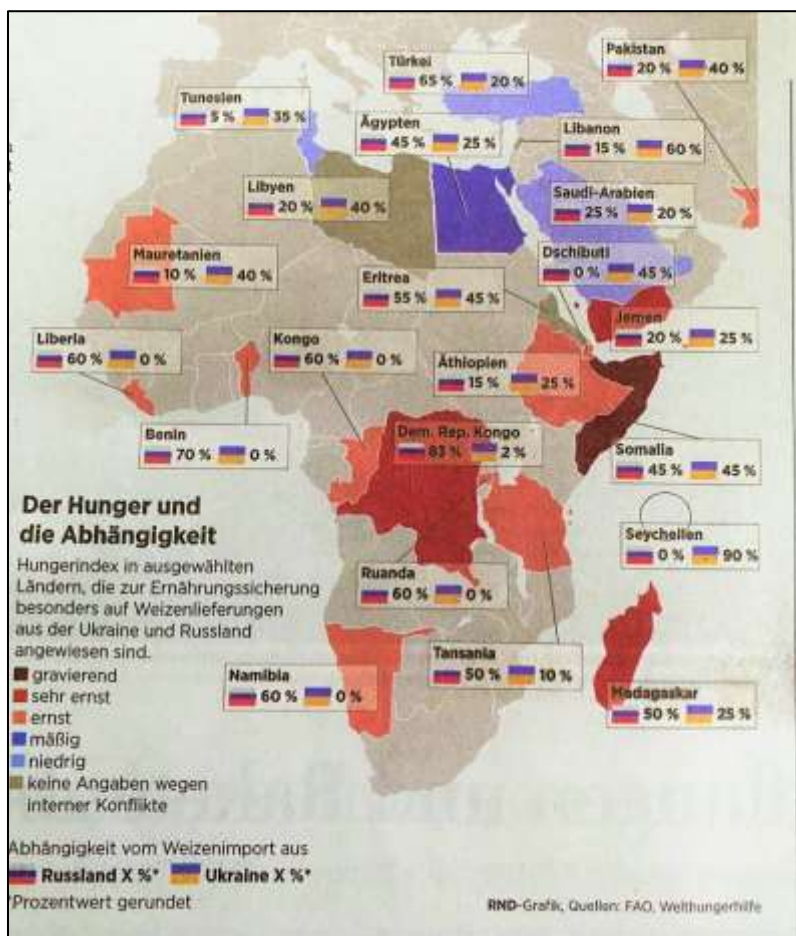
Die landwirtschaftliche Produktion der Ukraine ist durch die russische Invasion stark beeinträchtigt. Der Krieg führt zu erheblichen Problemen in der Logistik und den Lebensmittelversorgungsketten. Die zehn Regionen, in denen derzeit militärische Einsätze stattfinden, [machen 54 % der Aussaatflächen für Sonnenblumen und 42 % bzw. 52 % für Mais und Weizen aus](#), so dass die ukrainischen Landwirte in den kommenden Wochen nicht mit dem Anbau von Feldfrüchten beginnen können, in anderen Regionen ist die Aussaat wegen Benzinknappheit nicht möglich. All das gefährdet die Ernte 2022 in der Ukraine.

Ausfuhrbeschränkungen Russland

Russlands hat Mitte März angekündigt, die Ausfuhr von Weizen, Gerste, Roggen und anderem Getreide einzuschränken. Während für Europa davon weniger beeinträchtigt ist, trifft diese Entscheidung vor allem den Nahen Osten und Nordafrika

Auswirkungen EU - Welt

Der Verlust von Exporten dürfte vor allem die Entwicklungsländer treffen. So stammte 2020 nach UN-Angaben jeweils rund 40 Prozent des in Ägypten, der Türkei, Aserbaidschan und dem Sudan verbrauchten Weizens aus Russland.



Quelle: [Lakner](#)

Die Lighthouse Reports haben diesen hilfreichen [thread](#) veröffentlicht, der auch einen Index zur Ernährungssicherheit enthält (siehe hier für eine [umfassende Bewertung einiger geopolitischer Neuausrichtungen](#)).

Die Europäische Union ist in bestimmten Teilbereichen betroffen, befindet sich aber keineswegs in einer Versorgungskrise. Ein Beispiel ist Salatöl aus Raps oder Sonnenblumen, bei dem der Importanteil der Ukraine in die EU rund 80 % beträgt. Ein anderes Beispiel ist GVO-freies Soja aus der Ukraine für den Bio-Sektor. Insgesamt ist die Lebensmittel-Versorgungslage in der EU aber nicht gefährdet.

Dennoch: Europa und Nordamerika sind in ein Agrarnahrungsmittel- und globales Rohstoffhandelsystem eingebettet, das in hohem Maße von Düngemitteln für das Pflanzenwachstum, von fossilen Brennstoffen (Gas) zur Herstellung dieser Düngemittel, aber auch von Tierfutter und Pflanzen für Agrokraftstoffe abhängig ist. Das macht die EU trotz allem anfällig für Verwerfungen.

Flächen, Erntemengen und Verwendung von Getreide, Öl- und Eiweißpflanzen in der EU

Die EU hat in vielen Bereichen einen Selbstversorgungsgrad von über 100 %, so dass wir bei einigen Agrarrohstoffen Nettoexporteure sind.

Flächen und Erntemengen sowie Im- und Exporte für Weizen und Getreide EU

Übersicht 3: Getreidebilanz der EU im Zeitvergleich

CEREALS SUPPLY & DEMAND

Thousand metric tonnes

LAST UPDATED: 27/02/2020	2015/16		2016/17		2017/18		2018/19		2019/20 fc	
	Wheat **	TOTAL CEREALS	Wheat **	TOTAL CEREALS	Wheat **	TOTAL CEREALS	Wheat **	TOTAL CEREALS	Wheat **	TOTAL CEREALS
Beginning stocks	8.914	37.262	11.832	34.939	8.990	30.103	15.444	38.898	9.658	38.635
Usable production	143.311	287.134	129.211	274.912	138.023	282.449	123.746	269.262	138.752	294.543
Area (thousand ha)	24.929	54.174	25.200	53.635	24.139	52.077	23.752	51.940	24.155	54.443
Yield (tonnes/ha)	5.7	5.3	5.1	5.1	5.6	5.4	5.2	5.2	5.7	5.4
Imports (from third countries)	8.452	23.445	5.941	20.536	5.716	25.039	5.406	30.156	5.000	26.912
Total supply	160.677	347.841	146.984	330.387	150.729	337.591	144.596	338.316	153.410	360.089
Total domestic use	114.466	261.538	110.809	260.894	111.640	263.067	111.557	263.816	110.977	263.823
Human consumption	49.221	58.486	49.362	58.648	49.458	58.921	49.537	58.801	49.532	58.809
Seed	4.718	8.976	4.720	8.944	5.063	9.312	5.007	9.113	5.000	9.076
Industrial uses	10.057	30.513	10.196	30.627	10.306	31.034	10.427	31.158	10.412	31.220
of which bioethanol/biofuel	4.500	11.585	3.947	11.443	4.200	11.952	4.349	12.254	4.349	12.554
Animal feed	48.959	161.353	45.591	160.465	45.874	161.589	45.646	162.534	45.200	162.950
Losses	940	2.210	940	2.210	940	2.210	940	2.210	833	1.767
Exports (to third countries)	34.350	51.364	27.186	39.390	23.645	35.626	23.382	35.866	29.233	44.951
Total use	148.846	312.902	137.995	300.284	135.285	298.693	134.938	299.681	140.210	308.774
Ending stocks****	11.832	34.939	8.990	30.103	15.444	38.898	9.658	38.635	13.200	51.315
Change in stocks****	2.918	-2.323	-2.842	-4.836	6.455	8.795	-5.786	-263	3.542	12.680

* Marketing year: from July to June

** Wheat = common wheat + durum wheat

*** Coarse grains = barley + maize + rye + sorghum + oats + miscle + other grains

**** At the end of the marketing year

Quelle:

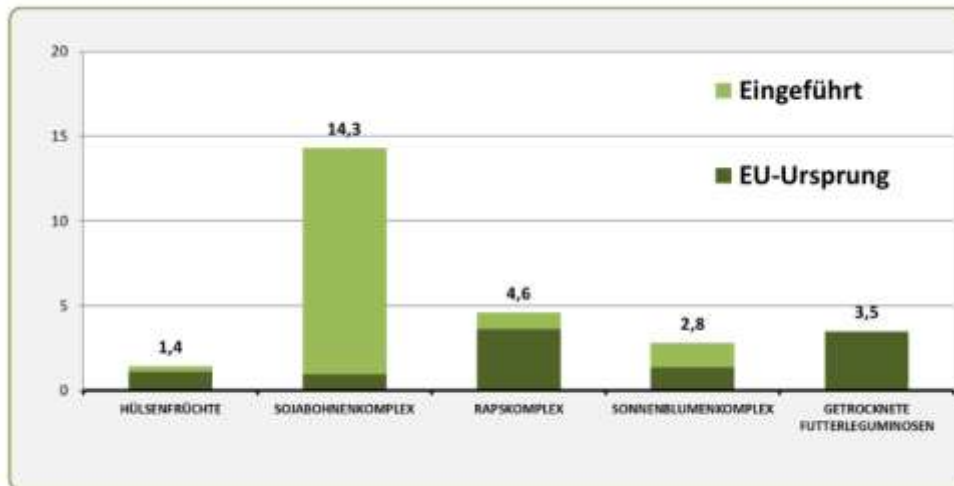
<https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/farming-facts-and-figures/markets-overview/markets-observations/crops>

Quelle: BLE [Bericht zur Markt- und Versorgungslage Getreide 2020](#)

Herkunft Proteinpflanzen

Der [Bericht der Kommission über die Entwicklung von Pflanzenproteinen in der Europäischen Union von 2018](#) führt folgende Zahlen auf:

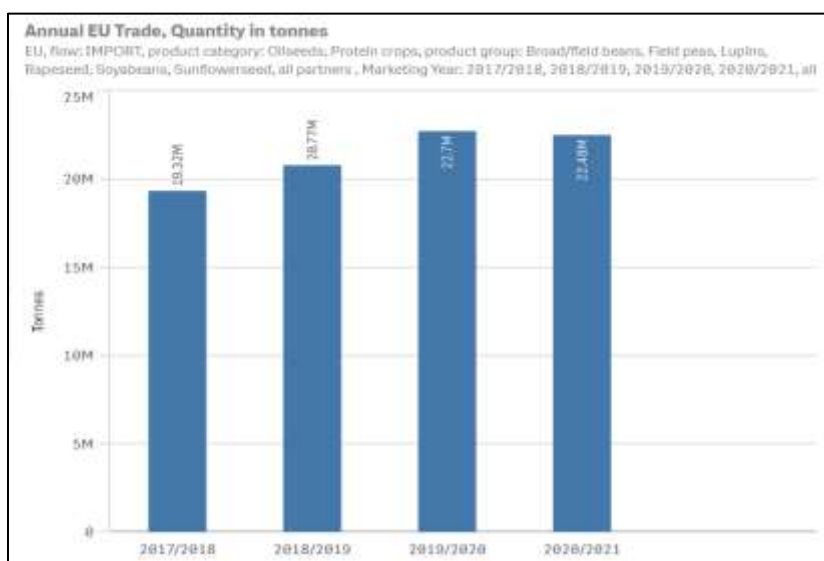
Herkunft von Proteinen in der EU 2016/2017 (in Millionen Tonnen Rohprotein)



Quelle: EU-Kommission. „Komplex“ beinhaltet Mehle, Samen und Bohnen.

Der Selbstversorgungsgrad der EU war 2017 je nach Eiweißquelle unterschiedlich hoch (Raps 79 %, Sonnenblumen 42 %, Sojabohnen 5 %). Die EU führte daher jährlich etwa 17 Millionen Tonnen Rohprotein ein (13 Millionen Tonnen davon basieren auf Sojabohnen, das entspricht 30 Millionen Tonnen Sojabohnenäquivalenten), die hauptsächlich aus Brasilien, Argentinien und den USA eingeführt werden, der Wert hat sich zwischen 2017 und 2020 noch erhöht. Außerdem führt die EU 1,5 Millionen Tonnen Rohprotein aus Sonnenblumen und bis zu eine Million Tonnen Raps ein, beide hauptsächlich aus der Ukraine.

Importe Öl- und Proteinpflanzen EU – Anstieg 2017-2021



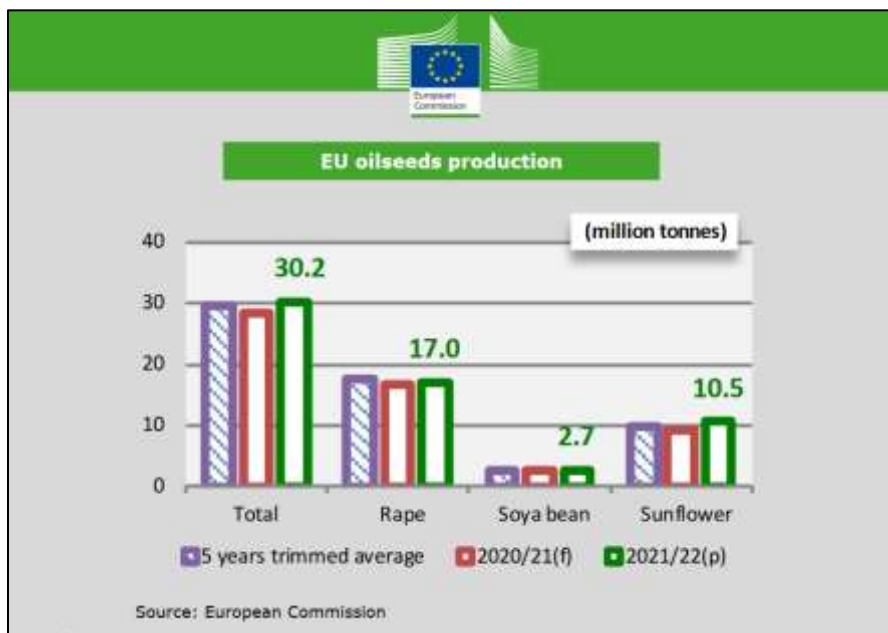
Quelle: [EU-Kommission](#)

Heimischer Anbau Proteinpflanzen EU

Die Anbaufläche für Soja in der EU hat sich seit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013 auf nahezu eine Million Hektar mit einer Produktion von 2,8 Millionen Tonnen (2018) verdoppelt. Die Haupterzeuger von Soja sind Italien, Frankreich und Rumänien. Bei den Hülsenfrüchten ist ein ähnlich positiver Trend zu verzeichnen. Seit 2013 hat sich die Produktion in der EU nahezu verdreifacht und liegt 2018 bei 6 Millionen Tonnen (2,6 Millionen Hektar). Die wichtigsten Hülsenfrüchte sind Futtererbsen und Ackerbohnen. Linsen und Kichererbsen werden hingegen nur begrenzt angebaut. Frankreich, Spanien und Litauen sind die Haupterzeuger von Futtererbsen. In Großbritannien und Frankreich werden Ackerbohnen angebaut. Nicht zu vergessen sind auch die Feinleguminosen, wie Klee und Luzerne, die über das Grünfutter verwertet werden, aber schwierig zu erheben sind.

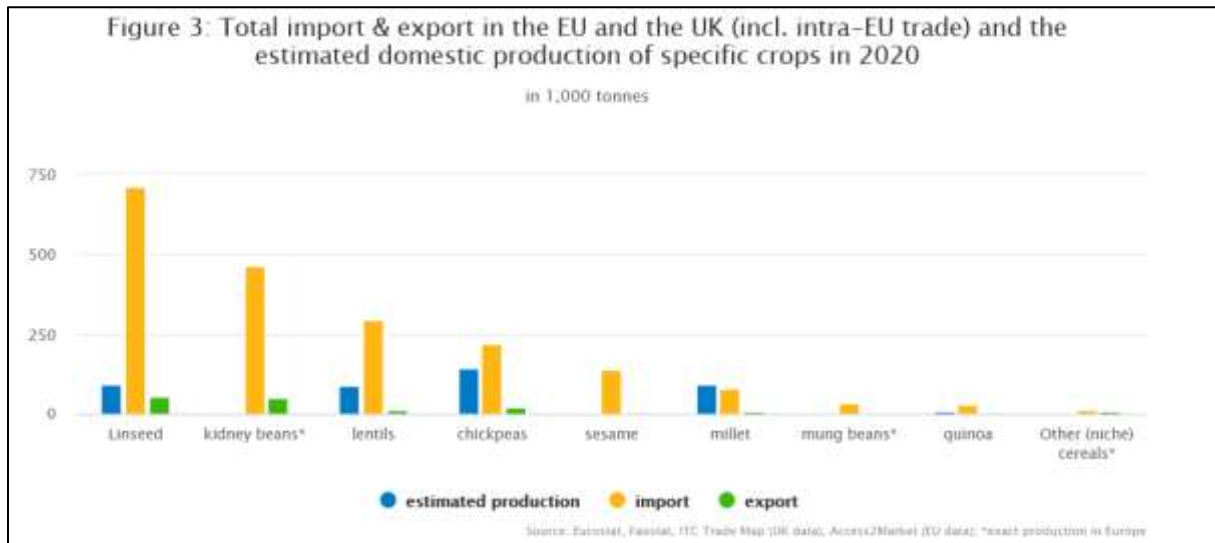
Die Anbaufläche für Raps, die in Europa am häufigsten angebaute Ölsaart, ist zwischen 2003 und 2018 um 66 % von 4,1 auf 6,8 Millionen Hektar gewachsen. Die Produktion in der EU hat nahezu 20 Millionen Tonnen erreicht. Sie wird hauptsächlich durch die Nachfrage an Agrodiesel (Richtlinie über erneuerbare Energien) angetrieben. Ihr Nebenerzeugnis (Rapsschrot) ist eine wichtige Quelle für proteinreiche Futtermittel. Die Haupterzeuger von Raps sind Frankreich, Deutschland und Polen.

Heimischer Anbau Ölsaaten 2020 -2022



Quelle: [EU-Kommission](#)

Heimischer Anbau (plus UK) andere Körnerleguminosen 2020

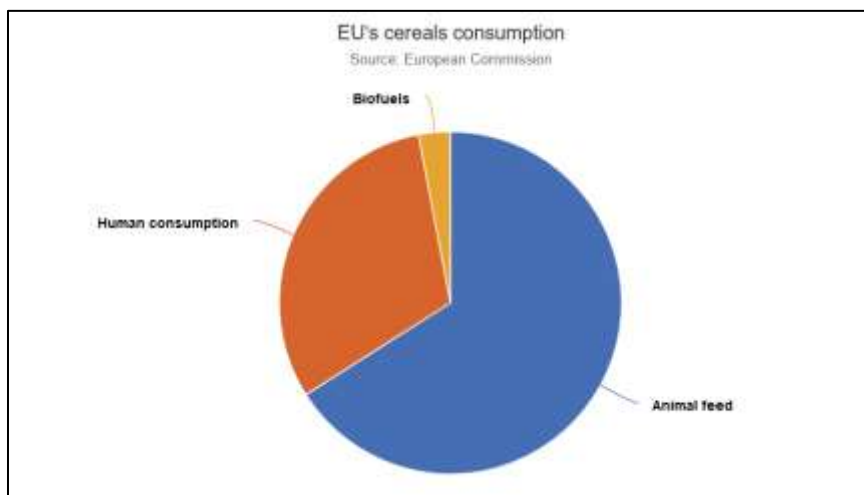


Quelle: [CBI 2022](#)

Aufgrund der unterschiedlichen Einteilung in Eiweiß- und Ölpflanzen und der jeweils nicht einheitlichen Kategorisierung ist die konkrete Abschätzung schwierig.

Verwendung Getreide und Ölpflanzen zur Futtermittelproduktion

Rund [zwei Drittel der EU-Getreideproduktion und 70 % der Ölsaatenproduktion](#) der EU ist für Tierfutter bestimmt.



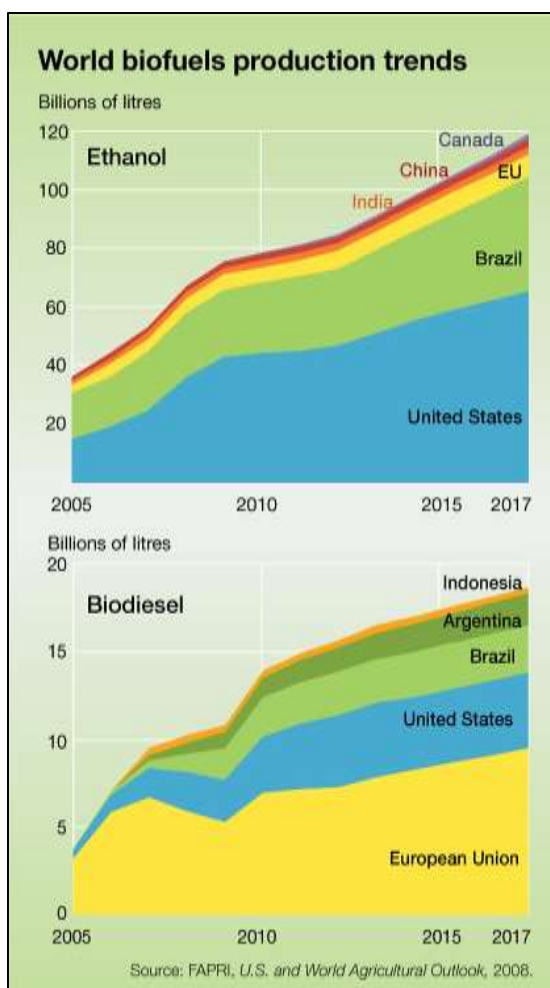
Wir müssen zwingend darüber nachdenken, wo Getreide und Ölsaaten in der Lebensmittelkette überwiegend zum Einsatz kommen. Es kann nicht sein, dass die intensive Fleischproduktion nach wie vor einen Großteil der Getreideernten verschlingt. Das war schon immer weder ökonomisch noch ökologisch nachhaltig und [gehört spätestens jetzt konkret auf den Prüfstand](#).

Verwendung Getreide und Ölpflanzen für Agrokraftstoffe

Die Folgen der Agrokraftstoffproduktion für die weltweite Ernährungslage sind seit Jahren gravierend: Getreidepreise steigen wegen der Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Agrosprit. Oft werden Bauernfamilien vertrieben, um Plantagen für den Anbau von Energiepflanzen zu schaffen (v.a. Palmöl). **Würde man das Land, das für die Produktion von Agrokraftstoffen für die EU allein in 2012 verwendet wurde (heute ist es deutlich mehr), für den Anbau von Weizen und Mais nutzen, würden 127 Millionen Menschen ein ganzes Jahr lang davon leben können, berechnete die [NGO Oxfam 2012](#).**

Die [Deutsche Umwelthilfe \(DUH\)](#) und [andere Experten](#) fordern, angesichts der sich abzeichnenden globalen Nahrungsmittelkrise, das **Verbrennen von Lebensmitteln für sogenannten Agrokraftstoff umgehend zu stoppen**. Das sei kurzfristig eine der wirksamsten Stellschrauben, um dem erwarteten Ausfall von Getreide und Ölpflanzen aus der Ukraine und Russland und dem drohenden globalen Preisschock bei Grundnahrungsmitteln entgegenzuwirken.

Globale Agrokraftstoffproduktion Ethanol und Agrodiesel 2005-2017



Obwohl die Zahlen zeigen, dass der größte Teil des EU-Agrokraftstoffverbrauchs im Inland produziert wird, hängt diese Produktion stark von der Einfuhr von Pflanzenölen und anderen Rohstoffen ab. Die [Europäische Kommission schätzt](#), dass 7,4 Millionen Hektar Land für die Produktion von Pflanzen für den Agrokraftstoffverbrauch in der EU im Jahr 2018 benötigt wurden. Davon befanden sich 3,4 Millionen Hektar (46 %) innerhalb der EU und 3,8 Mio. Hektar (51 %) außerhalb der EU.

Dabei wird nur zu einem Geringen Teil Ethanol in europäischen Kraftstoffmix genutzt. Anders als in Nord- und Südamerika basiert in der EU die Kraftstoffproduktion auf Agrodiesel.

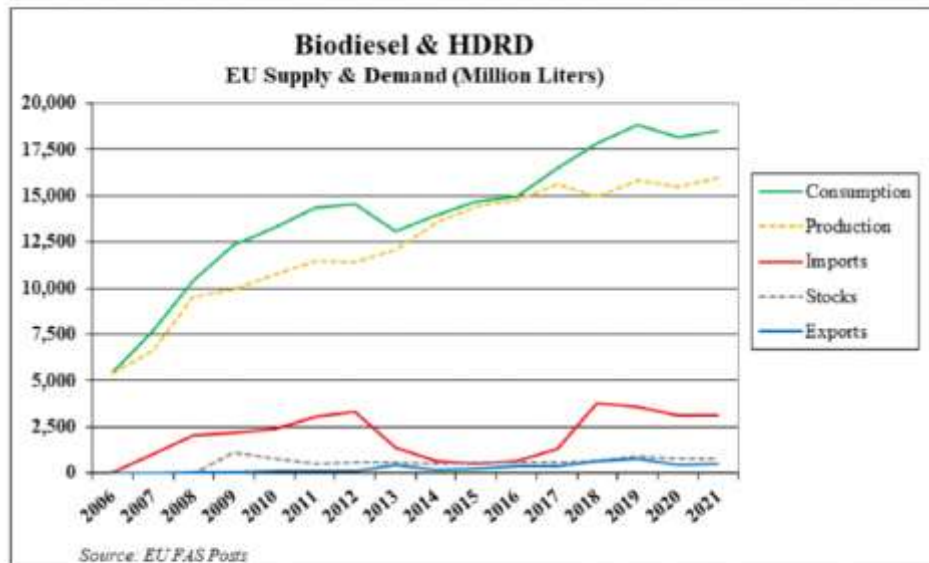
Tweet Hannah Ritchie 16.03.22

- Head of Research at @OurWorldinData
- Researcher at @UniofOxford



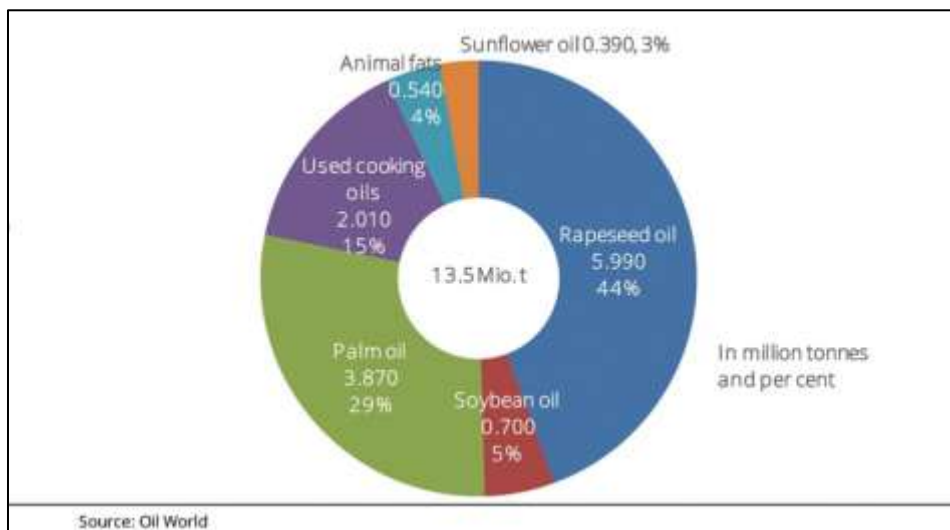
<https://ourworldindata.org/explorers/global-food>

Produktion, Verbrauch und Import von Agrodiesel in der EU (+ UK) 2006-2021



Caption: EU here includes the EU27 and the UK. Source: reprinted from "2021 Biofuels Annual Report." Global Agricultural Information Network, United States Department of Agriculture (USDA 2021b).

Anteil der Rohstoffe für Agrodiesel in der EU 28 2017



Seit über 15 Jahren werden in Europa dem fossilen Diesel pflanzenbasierte Kraftstoffe, vor allem aus Raps und Palmöl beigemischt. Diese Agrokraftstoffe machen derzeit den bei weitem größten Anteil an nichtfossiler Energie im Verkehr aus. Der Anbau der benötigten Pflanzen benötigt immense Flächen und ist mit hohen Klimakosten verbunden. Auf den belegten Flächen könnten grundsätzlich auch Nahrungsmittel wachsen.

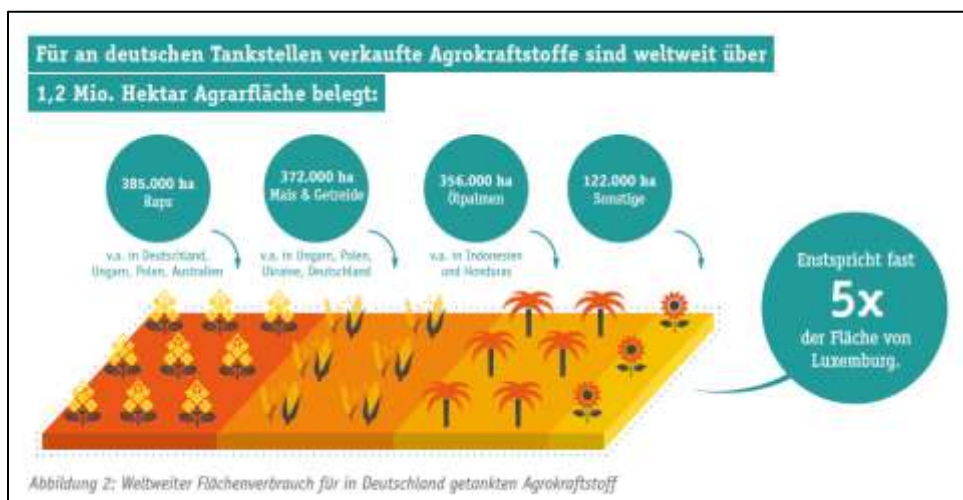
Nachhaltigkeitsbilanz fraglich

Zehn internationale Organisationen empfahlen schon 2011 den Regierungen der G-20-Länder, die Förderung von „Biosprit“ zu beenden. Die Regierungen der G20-Länder sollten „in ihren nationalen Richtlinien die Bestimmungen streichen, die die Produktion und den Verbrauch von Biosprit subventionieren oder vorschreiben“, so schreiben die Autoren wörtlich. Zu diesen gehören das Welternährungsprogramm (WFP) und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen, die Weltbank, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) sowie sechs weitere internationale Institutionen ([BESTE 2021](#)).

Eine neue [Studie des ifeu-Instituts](#) im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe zeigt, dass der Einsatz von Agrokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen dem Klima nicht nützt, sondern sogar schadet. Und nicht nur aus Klimasicht ist die Bereitstellung wertvoller Landfläche für Agrokraftstoffe eine schlechte Wahl, denn deren intensive Bewirtschaftung schadet auch Ökosystemen und Biodiversität.

Flächenbedarf Deutschland

Fast eine halbe Million Hektar belegen die Agrarflächen für Agrokraftstoff allein in Deutschland – das entspricht knapp der doppelten Fläche Luxemburgs. Zusätzlich importiert Deutschland pflanzlichen Kraftstoff in großen Mengen aus dem Ausland, so dass weltweit über 1,2 Mio. Hektar der Produktion von Agrokraftstoff für deutsche Tankstellen dienen.



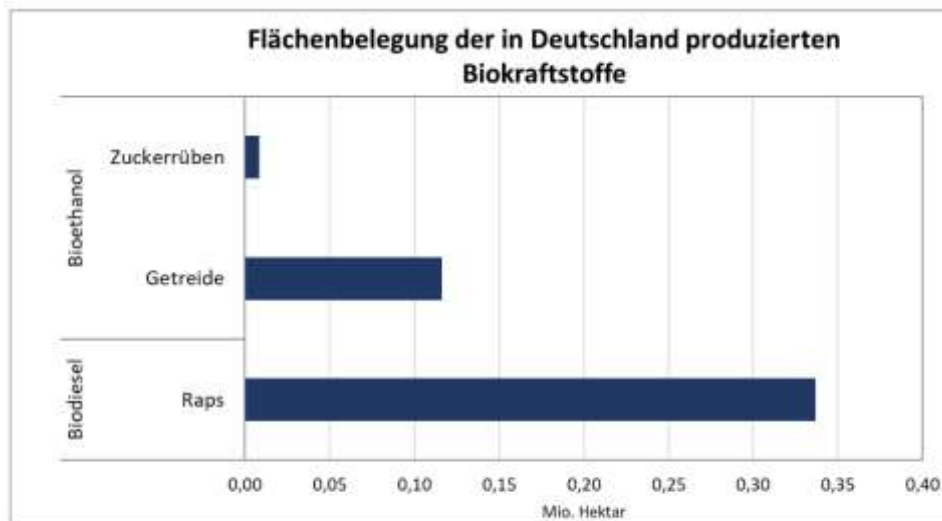


Abbildung 4: Flächenbelegung der in Deutschland in 2020 produzierten Anbau-Biokraftstoffe (Quelle: Berechnungen des Ifeu auf Basis von Daten von (FNR 2021a), (Ifeu o.J.))

Die Forderung, Green Deal und F2F-Strategie zu stoppen, ist gegen sämtliche wissenschaftliche Expertise

Die in den letzten Wochen verlauteteten Forderungen,

- den Anbau von Eiweißpflanzen auf brachliegenden Flächen zuzulassen, einschließlich der Behandlung mit Pestiziden und des Pflügens,
- den Einsatz von Pestiziden in Notfällen zuzulassen, auch in Gebieten, die durch die GAP-Konditionalität geschützt werden sollen,
- einer Überarbeitung der kürzlich vorgelegten GAP-Pläne (Italien und die Slowakei),
- einer Überprüfung der "Farm to Fork"-Strategie und ggf. Anpassung (weitere Verlangsamung der Umsetzung),

gehen sämtlich von Anhängern und Profiteuren des Agrarindustriellen Modells oder deren Interessenvertretern aus (IVA, Copa/Cogeca, Grain Club, Futtermittelindustrie, Fleischindustrie, EVP/CDU/CSU, Renew/FDP) und **würden mittel- und langfristig zu einem Zusammenbruch der Ökosysteme führen**. Unter dem Deckmantel einer sehr spezifischen Interpretation der „Ernährungssouveränität“ hat u.a. der französische Bauernverband (FNSEA) ein [Kommuniqué](#) herausgegeben, in dem er feststellt, dass die „Logik des Wachstumsrückgangs, wie sie von der europäischen Strategie "vom Erzeuger zum Verbraucher" angestrebt wird, zutiefst in Frage gestellt werden muss“, während er gleichzeitig **kritisiert, dass im Rahmen der GAP 4 % des Bodens für unproduktive Flächen** vorgesehen sind.

Nicht nur nach Ansicht des hauptverantwortlichen Kommissars für den [Green Deal](#), Timmermanns, wäre es ein „historischer Fehler“, wenn die EU ihre Nachhaltigkeitsvorhaben nun verlangsamen oder sogar ganz begraben würde. Auch unzählige wissenschaftliche Studien, Sachverständigen-Gutachten und Äußerungen europäischer Institutionen, wie beispielsweise des Europäischen Rechnungshofes belegen, dass nachhaltige, langfristige Ernährungssouveränität und -sicherheit nur mit einer Ökologisierung des Agrarmodells möglich ist ([Dege et al. 2021, S. 40](#)).

Dass eine Abkehr vom Green Deal nicht zielführend ist, haben auch **85 NGOs in einem [offenen Brief](#)** an EU-Kommissare nochmals betont. **Dr. Guy Pe'er, Prof. Sebastian Lakner und Dr. Jeroen Candel, 3 renommierte Agrarforscher vom UFZ - Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, der Universität Rostock und der Universität Wageningen haben ebenfalls einen [offenen Brief](#) an die EU-Kommission geschrieben**, in dem sie auf den Zusammenhang zwischen dem Ukrainekrieg und der Biodiversitäts- und Klimakrise eingehen.

Darin heißt es: "Jede Reaktion auf die schockierenden Auswirkungen der Invasion in der Ukraine muss die größeren Risiken berücksichtigen... wir plädieren nachdrücklich dafür, falsche Dichotomien zwischen Ernährungssicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit zu vermeiden und klug auf den Schock zu reagieren, ohne die größeren Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Wir lehnen auch den produktionsistischen Diskurs ab, der Ernährungssicherheit mit einer weiteren Intensivierung der Produktion gleichsetzt."

Insbesondere argumentieren sie, dass eine weitere Intensivierung die Probleme - für Boden, Wasser, Bestäubung und Schädlingsbekämpfung - verschärfen wird. Sie stellen auch "*die Gültigkeit des Vorschlags des Agrarausschusses im Europaparlament in Frage, ökologische Vorrangflächen für die Produktion zu öffnen*". Dies werde wenig bewirken, aber den Ökosystemen großen Schaden zufügen.

Das Trio argumentiert, dass mehr darüber nachgedacht werden sollte, wie wir eine optimale Zuteilung von Nahrungsmittelpflanzen erreichen, um sicherzustellen, dass die Grundbedürfnisse der Menschen Vorrang vor weniger wichtigen Verwendungen haben. Auch die Nachfrage spiele eine Rolle, betonen sie. Die Nachfrage nach Futtermitteln in der EU wirke sich auf die Weltmärkte aus, während die EU außerdem über 70 % ihrer Anbauflächen für die Produktion von Futtermitteln und Kraftstoffen verwende; ein Teil der Anbauflächen könne sinnvoller genutzt werden, um die Nahrungsmittelknappheit in Entwicklungsländern zu bekämpfen.

Ein weiteres [Statement von 300 Wissenschaftler*innen](#), u.a. vom PIK Potsdam Institute for Climate Impact Research, fordert ebenfalls eine Transformation des Ernährungssystems: **Weniger Fleisch und Lebensmittelverschwendung, dafür mehr Hülsenfrüchte und eine grünere Agrarpolitik.**

Hinweis zum Begriff ‚Ernährungssouveränität‘

Ursprünglich geht der Begriff ‚Ernährungssouveränität‘ auf das als Menschenrecht völkerrechtlich im UN-Sozialpakt verankerte „Recht auf Nahrung“ zurück. Es ist außerdem enthalten in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Im Jahr 2000 forderte der Welternährungsgipfel die Staaten auf, freiwillige Leitlinien für das „Recht auf Nahrung“ und dessen Umsetzung zu entwickeln. Die „[Internationalen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung](#)“ wurden 2004 von allen FAO-Mitgliedern (187 Staaten) einstimmig angenommen. Nach den Leitlinien beinhaltet das Recht auf Nahrung die selbstbestimmte Wahl des Ernährungssystems sowie den gleichberechtigten Zugang zu gesunder Ernährung, unabhängig von Einkommen und Herkunft. Das Recht auf Nahrung umfasst aber auch das Recht der Menschen und Regierungen, Maßnahmen gegen ökologische, wirtschaftliche oder soziale Formen des Dumpings zu ergreifen und ihre eigenen nachhaltigen Ernährungssysteme zu entwickeln.

Wieviel bringt die Freigabe der ökologischen Vorrangflächen (4%) zur Bewirtschaftung?

Um besser zu verstehen, welche Auswirkungen diese Maßnahme auf die weltweit produzierte Menge von Getreide und den Weltmarktpreis für Getreide haben könnte, [hat die Heinrich-Böll-Stiftung die Effekte berechnen lassen](#). Die Regelungen der neuen Förderperiode der GAP würden im Januar 2023 in Kraft treten. Die vorliegenden Berechnungen bilden also Szenarien für das Wirtschaftsjahr 2022/23 ab. Diese Abschätzung erfolgte auf Basis der neuesten online verfügbaren Daten der FAO für 2019. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sich die Flächennutzung in den letzten zwei Jahren grundsätzlich geändert hat. Daher sind die auf den Daten von 2019 basierenden Abschätzungen in der Größenordnung übertragbar auf die gegenwärtige Situation. Im Jahr 2019 waren in der EU ca. 6 % des „arable lands“ stillgelegte Flächen, inklusive der im Greening vorgeschriebenen ökologische Vorrangflächen (neue GAP: „nicht produktive Flächen“, der Begriff der alten GAP „ökologische Vorrangflächen“ trifft es fachlich besser, ist aber nicht deckungsgleich zu den aktuell geforderten 4%, weil in der alten Regelung noch Eiweißpflanzenanbau erlaubt war). Die Ergebnisse überschätzen daher das Produktionspotential.

Würden alle aktuellen Brachflächen der EU in die Produktion einbezogen läge die Getreideproduktion um bis zu 4,4 % höher. Gemessen an der weltweiten Produktion wären das bis zu 0,4 %. Die Weizenproduktion in der EU läge um bis zu 3,8 % höher und würde damit weltweit zu einem Produktionsanstieg von bis zu 0,7 % führen. Weder die Qualität des Bodens noch die mögliche Knappheit von Wasser und anderen Ressourcen wurden bei dieser Berechnung einbezogen, sie ist also sehr konservativ gerechnet, denn die meisten dieser Flächen sind für eine intensive Produktion gar nicht geeignet.

Dazu muss man wissen, dass die 4 % als ökologische Rückzugsfläche geplante „Stilllegung“ in Anbetracht der großen Herausforderungen, vor denen wir im Bereich des dringenden Schutzes der Biodiversität stehen, eher gering angesetzt sind. **Die [Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission](#) fordert 10 % nicht produktive Flächen („Landschaftselemente mit großer biologischer Vielfalt“), das fordern [auch allein in Deutschland 300 Wissenschaftler](#), viele davon Beiräte der Bundesregierung.** Diese Flächen sind keine Luxusflächen, sie dienen dazu, Lebensräume für Wildkräuter, Bienen und Vögel zu schaffen und sind dringend notwendig, um unsere Ökosysteme zu stabilisieren und damit auch langfristig sichere Ernten zu ermöglichen. **Der Status quo gemäß dem [IPCC- und IPBES-Bericht](#), der am selben Tag veröffentlicht wurde, an dem die Invasion Russlands in die Ukraine begann, zeigt einen klaren Trend zu sinkender Produktivität aufgrund ökologischer Verarmung und des Zusammenbruchs von Agrarökosystemen (siehe auch [Hallmann 2017](#)).**

[Kritiker](#) der Abkehr der EU von ökologischen Erwägungen haben außerdem darauf hingewiesen, dass die EU bereits [zu 112 % Selbstversorger bei Getreide](#) ist und mehr als das Doppelte der Getreideeinfuhren exportiert (s.o.).

Preise und Spekulationen

Mögliche Preisanstiege in der EU lassen sich [nur schwer abschätzen](#), das hängt von der Dauer des Krieges ab. Derzeit wird Weizen bereits für mehr als 400 EUR/t gehandelt, die üblichen Preise liegen bei etwa 200 EUR/t, bereits im letzten Jahr waren die Preise leicht auf 250 EUR gestiegen; die beschriebenen Versorgungsprobleme treffen also auf eine bereits leicht angespannte Marktlage.

Agrarmärkte sind von jeher Preisschwankungen unterworfen. **Deren Auswirkungen sind jedoch, seitdem die Agrarliberalisierung multilateral vorangetrieben wird und Lagerbestände abgebaut werden, weltweit deutlicher denn je zu spüren. Die Weltagrarmärkte sind seitdem „[finanzialisiert](#)“**, das heißt: Die Gesetzmäßigkeiten der Finanzmärkte und die Motive der Finanzakteure bestimmen und treiben immer mehr die Preise von Nahrungsmitteln wie Weizen, Mais, Soja, Zucker, Kaffee und Kakao. Auch die Spekulation mit Erdöl treibt die Nahrungsmittelpreise, da die industrielle Landwirtschaft sehr stark von mit fossiler Energie erzeugten Düngemitteln abhängt.

Preisanstieg 2007/2008

Laut Studien der [FAO, der Weltbank, der UNCTAD und des International Food Policy Research Institute \(IFPRI\)](#) trieben Finanzspekulantinnen in den Jahren 2007/2008 die Getreidepreise in die Höhe. In Äthiopien stiegen die Maispreise um 100 Prozent, in Uganda um 65 Prozent und in Tansania um 54 Prozent. Die Weizenpreise stiegen in Somalia um 300 Prozent, im Senegal um 100 Prozent und im Sudan um 90 Prozent. Nahrungsmittel wurden für viele Familien unbezahlbar. Die rasant steigenden Preise für Lebensmittel führten zu Hungerprotesten in 61 Ländern. Die Zahl der Hungernden stieg um mehr als 100 Millionen und überschritt im Jahr 2009 erstmals die Rekordmarke von einer Milliarde Menschen.

Auch in der aktuellen Situation greifen diese Mechanismen, weshalb es auch für Ökonomen und Handelsexperten schwer ist, die Preise der näheren Zukunft vorauszusagen. Letztendlich sind die Mechanismen hinter der Lebensmittelspekulation undurchsichtig, ihre Folgen unberechenbar. Sie sind nicht mehr durch realwirtschaftliche Angebots- und Nachfrageschwankungen zu erklären. Deshalb ist diese Art von Finanztransaktionen stärker zu kontrollieren.

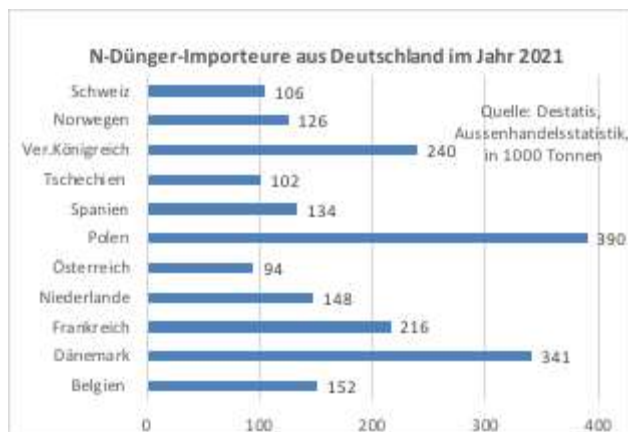
N-Dünger – Deutschland: Kein Mangel, aber hohe Preise

Doch in Deutschland [befindliche Düngerfabriken](#) produzieren offenbar selbst mehr Stickstoffdünger als die Bauern hierzulande verbrauchen – sagt jedenfalls die offizielle Handelsstatistik von Destatis. Zu bedenken ist dabei, dass die [Hersteller in aller Regel](#) internationale Konzerne sind, wie etwa Yara, die sowieso in die ganze Welt exportieren.

Trotzdem: **Deutschland ist Nettoexporteur von N-Düngern**. Die deutsche Handelsstatistik zeigt für das Jahr 2021 den Export von 3,2 Millionen Tonnen Stickstoffdüngemitteln aus Deutschland. Dem stehen Importe von 2,7 Millionen Tonnen gegenüber – ein Exportüberschuss von immerhin 500.000 Tonnen Stickstoffdünger in Produktgewicht. Dabei wird der allermeiste N-Dünger mit anderen EU-Ländern gehandelt: Beim Export sind die Hauptabnehmer Polen, Dänemark, Schweden, Frankreich, Belgien, Spanien und Tschechien.

Außerhalb der EU verkaufen in Deutschland ansässige Hersteller die größten Mengen ins Vereinigte Königreich, in die Schweiz, nach Norwegen, nach Südafrika und nach Brasilien. Die größten

Importmengen nach Deutschland kommen nicht so sehr aus Russland – sondern vielmehr auch aus anderen EU-Ländern wie etwa den Niederlanden, Tschechien, Belgien, Polen und auch aus Österreich und der Slowakei. [Russland spielt für Deutschland als direkter Lieferant von N-Dünger keine entscheidende Rolle](#) – es liefert etwa so viel N-Dünger wie Frankreich oder etwa halb so viel wie Österreich.



Quelle: [agrarheute](#)

Auch bei Kali gibt es keinen Engpass. Hier gibt es [nämlich die Kali & Salz AG \(K+S\) als](#) einen der weltweit führenden Hersteller.

Die Preise für N-Düngemittel sind sehr eng an die Energiepreise (Gas) gekoppelt, da die Haber-Bosch Synthese sehr energieintensiv ist.

Indirekt, als Katalysator für die globale Preisentwicklung, ist das Gewicht von Russland daher durchaus hoch. Russland ist weltweit einer der größten Lieferanten von Düngemitteln und verwandten Rohstoffen, darunter Erdgas, Kali und Ammoniak. Düngemittel waren bereits vor der jüngsten Krise knapp und die Kosten stiegen rasant an.

Mehr Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit mit agrarökologischen Lösungen

Um langfristig Ernten zu sichern und ausreichend Nahrungsmittel zu erzeugen, müssen wir die Leistungsfähigkeit unserer natürlichen Ressourcen erhöhen, nicht den Einsatz von Betriebsmitteln wie Düngern oder Pestiziden. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Krise in der Ukraine auch auf die Agrarproduktion in Europa auswirken wird, ist hoch. Dies kann direkt durch die Auswirkungen auf den internationalen Handel mit Getreide und die Entwicklung der Getreidepreise geschehen oder indirekt durch die Preise für Stickstoffdünger (die an den Gaspreis gekoppelt sind).

Dies sollte ein Argument dafür sein, den Übergang zu einer Landwirtschaft zu beschleunigen, die nicht so sehr auf fossile Brennstoffe angewiesen ist. Es sollte ein Argument für die schnelle Wiedereingliederung von Ackerbau und Viehzucht sein, um die biologische Stickstofffixierung durch Leguminosen zu maximieren. Auch als Futtermittel haben einheimische Leguminosen Potential und liefern so einen Mehrfachnutzen (s. [BESTE 2011](#)).

Potentiale der Leguminosen – mehr Unabhängigkeit, höhere Ökosystemdienstleistungen

Die Lieferkette für synthetischen N-Dünger war im Jahr 2018 für geschätzte Emissionen von 1,25 Gt CO₂e verantwortlich, was 21,5 % der direkten Emissionen der Landwirtschaft und 2,4 % der globalen Treibhausgasemissionen entspricht. Das wiederum entspricht mehr als dem Anteil des globalen Geschäftsflugverkehrs im selben Jahr. Die Reduzierung der Gesamtproduktion und des Einsatzes von synthetischen N-Düngemitteln bietet ein großes Minderungspotenzial und auch ein realisierbares Potenzial zur Reduzierung von Emissionen aus Böden ([Menegat et al 2020](#)).

Beispiel: **Ein Ackerbohnenenertrag von vier Tonnen pro Hektar entspricht 180 kg mineralischem Stickstoff pro Hektar. Damit können umgerechnet die Energie von 180 l Benzin oder Diesel oder 480 kg CO₂ Emissionen eingespart werden, die zur Herstellung dieser Menge Mineraldünger nötig wären** ([Köpke/Nemecek 2010](#)).



Abbildung aus [BESTE 2011](#)

Der Aufbau funktionaler Biodiversität oder agrarökologischer Techniken unter Verwendung natürlicher Prozesse können Funktionen ersetzen, die zuvor durch synthetische Inputs gestützt wurden. **Eine große Anzahl unabhängiger, von Experten begutachteter wissenschaftlicher Studien zeigt, dass dabei die Produktivität in fast zwei Dritteln der Fälle nicht zurückgegangen ist, Verluste sind auf eine kurze Übergangszeit beschränkt und teilweise steigt die Produktivität sogar an** ([Tamburini et al. 2020](#), [van der Ploeg et al. 2019](#)).

Das ist auch Kostenpositiv: Eine Fruchtfolge, bei der auch Eiweißpflanzen zum Einsatz kommen, kann auch den Treibstoffverbrauch für die Bodenbearbeitung verringern, da der Humus- und Bodenfeuchtigkeitsgehalt besser erhalten wird und der Boden weniger stark bearbeitet werden muss. In einer [Studie des französischen Generalkommissariats für nachhaltige Entwicklung](#), (CGDD 2009) wird die mögliche Kostenersparnis beim Düngemiteleinsatz allein für Frankreich auf 215628 t bzw. bis zu 100 Mio. EUR jährlich geschätzt ([BESTE 2011](#)).

Leguminosen können im Boden festgelegtes Phosphat erschließen, da sie mit Mykorrhizapilzen enge Verbindungen eingehen. Mykorrhizapilze verbessern die Versorgung der Nutzpflanzen mit Kalium, Kupfer, Zink und anderen Mineralstoffen. Sie haben eine Barrierewirkung gegen schädliche Wurzelinfektionen und scheiden Hemmstoffe gegen Schadpilzinfektionen aus. Vor allem aber können Mykorrhizapilze Phosphate (P) aus dem Boden erschließen und so die P-Versorgung der Nutzpflanze verbessern und den Bedarf an Phosphatdünger verringern. Sie werden allerdings durch Pflanzenschutzmittel und intensive Stickstoffdüngung geschädigt, da der Pilz dezimiert wird und die vom Pilz benötigten Wurzelsekrete zurückgehen und sich verändern. Leguminosenanbau fördert die

Mykorrhizabildung und damit auch die Phosphatversorgung der anderen Früchte in Mischkulturen und der Folgefrucht ([Köpke/Nemecek 2010](#)).

Über die Wurzeln führen Leguminosen dem Boden organische Substanz mit einem engen Kohlenstoff/Stickstoff-Verhältnis (also hohem Kohlenstoffgehalt) zu. Daraus ergibt sich eine Anreicherung von qualitativ hochwertigem Nähr- und Dauerhumus. Die Humusanreicherung beinhaltet eine Bindung von CO₂ und eine Aktivierung des Bodenlebens. So wird neben dem Klimaschutz auch die Bodenfruchtbarkeit verbessert. Die Regenaufnahme- und Wasserspeicherfähigkeit des Bodens erhöhen sich zusätzlich deutlich ([BESTE 2011](#)).¹

EU-Eiweißstrategie für mehr Unabhängigkeit

In [einem Initiativbericht des EU-Parlaments](#) wurde die EU-Kommission bereits 2011 aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der damals anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ausreichende Maßnahmen und Instrumente eingeführt werden, damit der Anbau von Leguminosen attraktiver wird. 2018 versprach die EU-Kommission eine Eiweißstrategie zu erarbeiten. Sie sollte in engem Zusammenhang mit der Farm-2-Fork-Strategie der EU stehen, die darauf abzielt, den Einsatz von Mineraldünger bis 2030 um 50 % zu reduzieren.

Was jetzt getan werden muss

(Weltweite) Ernährungssouveränität als prioritäres Ziel verfolgen

Die stärker betroffenen Länder haben unterschiedliche Anpassungsmöglichkeiten: Ägypten verfügt trotz starker Lieferabhängigkeit gegenüber der Region über zunächst noch ausreichende eigene Getreidelager. Im Libanon hingegen zerstörte die Hafenexplosion 2020 die Weizenlager und verringerte dadurch Lagerkapazitäten von sechs auf einen Monat, sodass ein kontinuierlicher Zulieferungsstrom nötig ist. Verbleibende Versorgungslücken, die in Importländern nicht durch Umschichtung wie etwa durch mehr Nahrungs- statt Energieverwertung gelöst werden können, bedürfen Nahrungs- und auch Düngemittelhilfen.

"Die Regierungen müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Ernährungssicherheit der ukrainischen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und den sozialen Schutz zu verstärken, um gefährdete Menschen vor steigenden Lebensmittelpreisen zu schützen", sagte Olivier De Schutter, Ko-Vorsitzender des Internationalen Expertengremiums für nachhaltige Ernährungssysteme (IPES-Food) und UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte.

Die Krise erfordere ein Überdenken der derzeitigen Modelle für Lebensmittelproduktion und -verbrauch. *"Um sich gegen diese Schocks zu wappnen, müssen die Länder letztlich ihre Abhängigkeit von Importen einiger weniger wichtiger Agrarrohstoffe verringern, indem sie ihre eigene lokale Nahrungsmittelproduktion und ihre Nahrungsmittelversorgungsketten diversifizieren"*

¹ Siehe auch:

Nemecek, Th. et al. (2008): [Environmental impacts of introducing grain legumes into European crop rotations](#). In: Europ. J. Agronomy 28
Böhm H. et al. (2020): [Fruchtfolgen mit und ohne Leguminosen: ein Review](#). In: [Journal für Kulturpflanzen 10-11](#).

Das Institut für nachhaltige Entwicklung und internationale Beziehungen (IDDRI) [schlägt vor](#), dass Europa kurzfristig versuchen sollte, die Preisinflation, insbesondere im Nahen Osten und in Afrika sowie in anderen Gebieten, einzudämmen.

Es müssen insgesamt wesentlich mehr Anstrengungen unternommen werden, damit die Ernährungsautarkie weltweit erhöht und Länder die Nahrungsmittelversorgung ihrer eigenen Bevölkerung sicherstellen können. Dass bereits heute 10% der Weltbevölkerung hungern, hat zumeist strukturelle Gründe (Armut, Verteilungsprobleme, fehlender Zugang zu Land). Diese sind nicht durch ein Hochfahren der Produktion in Europa (durch Rücknahme von Flächenstilllegungen oder Bewirtschaftungsauflagen) zu lösen. Deutlich zu hinterfragen sind zudem bestehende Narrative („Wir müssen die Welt ernähren“). Das heißt auch, Wirtschaftsinteressen zurückzufahren, die zu einer verstärkten Abhängigkeit von Importen führen.

Deutschland kommt mit dem diesjährigen G7 Vorsitz eine zentrale Rolle zu. Die vom BMEL einberufene Sondersitzung am 11. März 2022 unterstreicht diesen Handlungswillen. An dem Treffen nahmen auch der ukrainische Landwirtschaftsminister sowie das Welternährungsprogramm (WFP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das Agrarmarktinformationssystem (AMIS) teil.

Das [Abschlussstatement](#) der Sondersitzung der G7 in Kürze:

Die G7-Agrarministerinnen und -minister einigten sich darauf:

- die russischen Aggressionen gegen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu verurteilen.
- absolut solidarisch an der Seite der Ukraine zu stehen.
- die Ernährung in der Ukraine sicherzustellen und die ukrainischen Landwirte dabei zu unterstützen, ausreichend Lebensmittel zu produzieren.
- Zusammen zu arbeiten, um Transportprobleme für Lebensmittel oder die Rohstoffproduktion zu lösen.
- alle restriktiven Signale und Maßnahmen, die Exporte beschränken und zu weiterer Preissteigerung führen, zu vermeiden.
- alle Länder aufzufordern, ihre Lebensmittel- und Agrarmärkte offen zu halten.
- künstlich überhöhte Preise nicht zu dulden und gegen jedes spekulative Verhalten, das die Ernährungssicherheit gefährdet, vorzugehen.
- eine engmaschige Beobachtung der Agrarmärkte zu vereinbaren und das Marktinformationssystem AMIS zu stärken.
- **in dieser Krise ihre Klima- und Umweltverpflichtungen und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung weiter zu verfolgen.**
- die gemeinsame Kooperation innerhalb der G7 mit internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen fortzusetzen, um die globale Ernährung sicherzustellen, auch mit humanitärer Hilfe.
- zu erklären, dass sie zusammenstehen mit den Partnern, und solidarisch mit der Regierung und den Menschen in der UKR.

Finanzspekulationen mit Lebensmitteln unterbinden

Stärkere Kontrolle der Finanzmärkte. Die im Jahr 2014 verabschiedete Finanzmarktrichtlinie (MiFID II sowie deren begleitende Verordnung MiFIR) müssen schärfer gefasst und konkretisiert, vor allem aber endlich [konsequent umgesetzt](#) werden.

Food first: Erzeugung von Rohstoffen für Tierfutter und Kraftstoffe runterfahren

70 Prozent der auf landwirtschaftlichen Nutzflächen in Europa erzeugten Rohstoffe landen im Tank oder Trog. Das weltweite Angebot an Nahrungsmitteln kann wesentlich effizienter durch Umsteuern in diesen Bereichen stabilisiert und erhöht werden. Auch wenn viele Maßnahmen wie die Abstockung von Tierbeständen verbunden mit Ernährungsumstellungen oder der Ausbau von erneuerbaren Energien erst mittel- und langfristig greifen werden, sind sie konsequent zu verfolgen. Ein Umsteuern in der Agrokraftstofferzeugung ist außerdem ein effektiver Hebel, um kurzfristig in erheblichem Umfang Flächen und Mengen an Getreide und Mais zur Lebensmittelversorgung freizusetzen.

Green Deal - Farm-to-Fork in der EU weiterführen!

In diesem angespannten und sich verändernden Umfeld muss ein Gleichgewicht zwischen der Verringerung der Abhängigkeit von Betriebsmitteln und der Beibehaltung der aktuellen Produktionspläne gefunden werden. Die "Farm to Fork"-Strategie sieht als Hauptziel die Verringerung des Düngemiteleinsatzes vor. Damit zusammenhängend muss die EU mittelfristig eine Strategie für Eiweißpflanzen verfolgen, die mit der Zeit die Abhängigkeit sowohl von importierten Futtermitteln als auch von teuren und klimaschädlichen synthetischen Düngemitteln verringern kann. Angesichts des plötzlichen und starken Drucks auf Futtermittel und Düngemittel und der großen Abhängigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft von diesen Inputs stellt sich jedoch die Frage, was Europa kurzfristig und bis 2023 tun kann.

Auch wenn Europa nicht unmittelbar von Nahrungsengpässen bedroht ist, so schärft der Krieg unmittelbar das Erfordernis, Ernährungssouveränität europäisch und national neu und ökologisch tragfähig zu denken. Das betrifft die verstärkte Notwendigkeit zum konsequenten Ressourcenschutz, aber auch viele andere Bereiche, um starke Konzentrationen in der Lebensmittelverarbeitung und Vermarktung zurückzufahren und regionale Wirtschafts- und landwirtschaftliche Betriebskreisläufe zu schließen.

Die europäische und nationale Agrarpolitik muss – in Ordnungsrecht und Förderpolitik - konsequent auf diese Ziele ausgerichtet werden. Das betrifft sehr viele Stellschrauben – von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zum ländlichen Raum.

Beispielhaft zu nennen:

- eine verbesserte Förderung des Ökolandbaus
- eine starke Eiweißpflanzenstrategie, um die heimische Futtermittelherzeugung zu erhöhen und die Abhängigkeit von Mineraldünger zu reduzieren,
- eine Ackerbaustrategie, die durch Fruchtartendiversifizierung die Leistungsfähigkeit unserer Böden verbessert und den Einsatz von Pestiziden reduziert,
- eine Abstockung von Tierbeständen in viehdichten Regionen, verbunden mit der Wiedereinführung einer Flächenbindung



- **Versorgungslücken in der Selbstversorgung (z.B. Gemüse, Fisch) schließen**
- **Lebensmittelhandwerk sowie dezentrale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern**
- **Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Wertschöpfungskette reduzieren**
- **Verbrauch und die Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen zurückfahren**
- **Forschungsanstrengung und Wissensvermittlung (Beratung, Ausbildung) auf eine nachhaltigere Landwirtschaft und Ernährung ausrichten**

Abzulehnen sind...

- Abschwächung von Umwelt- und Ordnungsrecht und die Pflicht zur Einhaltung (z.B. Forderung zur Aussetzung des Vertragsverletzungsverfahrens EU-Nitratrichtlinie)
- Abstriche an Vorsorgeprinzip und Risikoversorge (z.B. bei Pestizid-Zulassungsverfahren, der Einfuhr von Importprodukten oder im Gentechnikrecht)
- Weitere Verwässerung der ökologischen Wirkung der beschlossenen GAP-Reform ab 2023 (wie Rücknahmen zu Vorgaben für ökologische Rückzugsräume)